

B

Hessen vor den Kommunalwahlen
[Seite 1]

Herausforderungen in der Industrie- und Strukturpolitik
[Seite 2]

Schulsanierungen und die finanzielle
(Not)situation der Kommunen
[Seite 3]

Die Schulsituation in der Region. Von PPP bis zu Schulschließungen.
[Seite 4]

Refugees welcome: Kein Spiel mit dem Feuer in der Flüchtlingspolitik
[Seite 5]

Die soziale Frage
[Seite 6]

Zuwanderung als Chance
[Seite 7]

Flüchtlingsunterbringung in den Kommunen
[Seite 8]

DGB

01/15

Gute Arbeit – Gutes Leben: Hessen vor den Kommunalwahlen



Hessen vor den Kommunalwahlen: Umverteilung in die Parlamente

Was haben öffentliche Schwimmbäder, pädagogische Mittagsbetreuung, gut ausgestattete Feuerwehren und ausreichend Personal in den Behörden miteinander zu tun? Ganz einfach: Sie markierten als Eckpfeiler der kommunalen Infrastruktur die Lebensqualität der letzten fünfzig Jahre.

Diese Lebensqualität soll nun eingespart werden. Der Grund: Den Kommunen geht es finanziell schlecht. Ihre Investitionsquote hat sich in den letzten zwanzig Jahren halbiert. Dadurch fehlen Gelder für Straßenbau oder Schulsanierungen, die dringend notwendig wären. Gleichzeitig sind die Kassenkredite auf 7,5 Milliarden Euro angewachsen.

Vor diesem Hintergrund hat das Land Hessen 2012 ein kommunales Entschuldungsprogramm aufgesetzt und im Gegenzug schmerzhaft Kürzungen verlangt. In vielen Kommunen hat

es Lohn- und Personalkürzungen gegeben, Privatisierungen, Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich, Gebührenerhöhungen und Leistungskürzungen. Diese Maßnahmen treffen in erste Linie die unteren Einkommenschichten und sind deshalb ungerecht.

Der kommunale Rettungsschirm suggeriert zudem, dass die Ursache für die Schulden eine verschwenderische Ausgabenpolitik gewesen sei. Wenn also nun gespart wird, dann wird im Handumdrehen alles besser? In Wirklichkeit sind nicht die Ausgaben das Problem, sondern die Einnahmen.

So hat der 2009 einsetzende Konjunkturerbruch die kommunalen Steuereinnahmen stark sinken lassen. Gleichzeitig hat das Land den Kommunen 2011 etwa 350 Millionen Euro an Landeszuweisungen gestrichen. Und ohne die seit 1998 beschlossenen Steuerreformen hätte

das Land etwa 1,4 Milliarden Euro Mehreinnahmen zur Verfügung, die Kommunen 1,1 Milliarden.

Deshalb wird es für den DGB im anstehenden Kommunalwahlkampf drei Schwerpunkte geben: Umverteilung! Umverteilung! Umverteilung! Die öffentlichen Kassen müssen durch die Besteuerung von privatem Reichtum wieder gefüllt werden. Wenn Kommunalpolitiker glaubwürdig bleiben wollen, dann sollten sie die Sparvorgaben des Landes nicht umsetzen, sondern in ihren Parteien bis hoch an die Bundesspitze für einen steuerpolitischen Kurswechsel werben.

Zur Person:

Ulrike Eifler
(Regionsgeschäftsführerin DGB
Südosthessen)





Regionale Herausforderungen in der Industrie- und Strukturpolitik

Die Bedeutung der Industrie für die wirtschaftliche Entwicklung von Regionen und Ländern hat sich durch die Erfahrungen mit der Finanz- und Weltwirtschaftskrise 2008/2009 verändert. Die Politik in Deutschland vernachlässigte über Jahrzehnte die Industrie mit dem Ergebnis, dass Deutschland auf die Entwicklung einer Dienstleistungsgesellschaft und des Finanzsektors setzte.

Dieser Entwicklung zum Trotz haben viele Industrieunternehmen auch in unserer Region ihre Standorte modernisiert und weiterentwickelt. Nicht zuletzt durch das Zusammenspiel von IG Metall, Betriebsräten und Arbeitgebern sind die Industrieunternehmen auch in der Region gut durch die Krise gekommen. Die industriellen Herausforderungen bleiben groß: Weltweite Überkapazitäten, neue technologische Entwicklungen, gesellschaftliche Zukunftsaufgaben wie der Klimawandel, die Energiewende, Mobilität, demografische Entwicklung, um nur einige zu nennen, verlangen Antworten.

Dabei findet Industriepolitik nicht nur in Brüssel oder Berlin statt. Sowohl in den Bundesländern, aber vor allem in den Städten und Landkreisen

müssen Rahmen gesetzt werden, indem die Industrie und industrienahen Dienstleistungen weiterentwickelt werden. Dabei spielen Fragen der Wirtschaftsförderung, der Stadtentwicklung, der Infrastrukturplanung oder der Förderung von Cluster-, Technologie- und Innovationsinitiativen ebenso eine Rolle wie die regionale Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Umwelt- oder Wohnsituation.

Für die Gewerkschaften sollte regionale Industriepolitik ein wichtiges Aktionsfeld sein. Dabei sollten wir regionaler Akteur sein, der in erster Linie Krisen aktiv bewältigt, für den Erhalt von Arbeitsplätzen kämpft und Schließungen von Industriebetrieben verhindert. Das jüngste Beispiel bei der Fa. Vacuumschmelze in Hanau ist dazu ein erster Leuchtturm, wie das erfolgreich gelingen kann.

Darüber hinaus sollten wir betriebliche Belange mit Hilfe von Betriebsräten und Vertrauensleuten in den regionalen Diskurs einbringen, Positionen in die regionalpolitische Debatte einbringen und dort durchsetzen, Impulse geben und regionale Initiativen anstoßen und moderieren, Probleme benennen und an Lösungen arbeiten.

In der konkreten Umsetzung sollten wir auf viele bereits vorhandene positive Beispiele und Ansätze zurückgreifen. Die Gewerkschaften mischen sich schon heute in industriepolitische Diskussionen mit eigenen Konzepten und Vorschlägen – oft eingebunden in regionale Netzwerke – ein. Wichtige industrie- und regionalpolitische Impulse gehen dabei von den Gewerkschaften vor Ort aus.

Einer Frankfurter Initiative der IG Metall und des DGB folgend wäre ein erster möglicher Schritt im Main-Kinzig-Kreis einen industriepolitischen Arbeitskreis mit allen Protagonisten unter Federführung des Landrats zu initiieren. Aus diesem Kreis sollten dann gemeinsame industriepolitische Projekte angestoßen und auf den Weg gebracht werden.

Zur Person

Robert Weißenbrunner
IG Metall
Bevollmächtigter Hanau/Fulda



Schulsanierungen und die finanzielle (Not)situation der Kommunen in der Region



Gute Schulen - starker Staat

Laut Auskunft des Deutschen Städtetages ist der Investitionsstau im Bereich Schulen bundesweit auf 32 Milliarden Euro gestiegen. Auch in Hessen sind notwendige Investitionen im Schulbereich lange auf der Strecke geblieben. Schlecht ausgestattete Kommunen, Sparvorgaben und die Schuldenbremse haben diese Tendenz in vielen Städten und Gemeinden verschärft. Gerade mit Blick auf die Kommunalwahl, zeigt sich, am Beispiel des baulichen Zustands und der Ausstattung unserer Schulen, wie handlungsfähig unsere Städte und Gemeinden als Schulträger sind.

Deswegen werden wir den Zustand unserer Schulen in der Region auch zu einem politischen Schwerpunkt für die Kommunalwahl machen. Steuersenkungsmaßnahmen auf Bundesebene haben nicht nur dazu geführt, dass den Kommunen weniger Geld zur Verfügung stand, sondern vielmehr mussten die Kommunalvertreter auch vom Bund und Land beschlossene Aufgaben mit finanzieren. Dies führte zu einer Doppelbelastung für die kommunalpolitische Ebene.

Hinzu kam die Schuldenbremse, die die Handlungs- und Investitionsspielräume der Politik

schmälert. Wer aber nicht jetzt investiert, der verschleppt notwendige Maßnahmen lediglich in die Zukunft und handelt nicht nachhaltig. Je länger mit den Investitionen im Schulbereich gewartet wird, desto teurer wird es für den Steuerzahler. Gut ausgestattete Schulen in denen sich unsere Kinder wohl fühlen ist die Grundlage eines guten öffentlichen Schulsystems. Für uns Gewerkschaften ist es nicht nur eine Frage von Lebensqualität in den Kommunen, sondern auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Wir dürfen nicht zulassen, dass gute Bildung vom Geldbeutel der Eltern abhängt und sich der Trend von immer mehr Privatschulen verfestigt. Dafür ist ein öffentliches Schulsystem notwendig, welches allen Kindern gleichermaßen Chancen eröffnet, in die Ausbildung und den Beruf einzusteigen. Das ist ein gesellschaftlicher Mehrwert, auch für die Arbeitgeber.

Der schleichende Rückzug des Staates aus der Bildungsverantwortung kann zu einer Diskreditierung des öffentlichen Schulsystems führen. Außerdem erhoffen sich gerade die Menschen in den Kommunen hier Handlungsansätze im Sinne ihrer Kinder. Und nicht zuletzt wäre eine

Investitionsoffensive im Bereich Schule ein Akt der Generationengerechtigkeit! Die richtigen Prioritäten auf kommunaler Ebene können auch zu einem Vertrauensgewinn und zu einer höheren Wahlbeteiligung führen.

Daher fordern wir von den Städten und Gemeinden nicht an den falschen Stellen zu sparen. Der soziale Zusammenhalt zeigt sich nicht zuletzt durch einen gerechten Zugang in das Bildungssystem. Hier können die Kommunen mit einem gutem Beispiel, einer Investitionsoffensive und gut sanierten Schulen vorangehen.

Zur Person

Tiny Hobbs
Kreisvorsitzender
des DGB Offenbach



Public Private Partnership (PPP) am Beispiel der Schulsanierung im Kreis Offenbach

Gute Ergebnisse, aber auf wessen Kosten?



In vielen Hessischen Kommunen ist insbesondere im Bereich der Schulen ein Sanierungsstau entstanden, der die kommunalen Haushalte vor große Herausforderungen und Belastungen stellt. An dieser Entwicklung sind die Städte und Gemeinden nicht ganz unbeteiligt. Diese Problematik war vorhersehbar. Wer nicht in die kommunale Infrastruktur investiert, um den eigenen Haushalt zu schonen, der handelt weder generationengerecht noch ökonomisch sinnvoll. Denn zum einen müssen unsere Kinder den Sparwahn ausbaden und ihre Schulen verrotten, zum anderen wird es für die Kommunen umso teurer, je länger sie warten. Daher hatte sich der Kreis Offenbach im Jahr 2004 - unter dem damaligen Landrat Peter Walter - entschieden, alle Schulen im Kreis über ein PPP-Projekt zu sanieren und die Sanierung an private Bauunternehmen (Hochtief /SKE) zu vergeben. Der kurzfristige Vorteil für die öffentliche Hand bei PPP-Projekten ist, dass sich die Kostenbelastung in der kurz- und mittelfristigen Haushaltsplanung der Kommunen in Grenzen hält.

Es scheint, als würde die öffentliche Hand immer einen Kostenvorteil erzielen. Am Beispiel des Sanierungsprojekts im Kreis Offenbach wird diese Behauptung klar widerlegt. Außerdem wurde das intransparente Vertragswerk und Vorgehen im Hinblick auf die Einbindung des Kreistages deutlich. Dies sind auch die zwei wesentlichen Kritikpunkte der GEW an der

Vergabe von öffentlichen Aufgaben an private Unternehmen: die Intransparenz und ein fehlender Wirtschaftlichkeitsvergleich bzw. die methodischen Mängel bei der Erarbeitung eines Wirtschaftlichkeitsvergleichs. Es ist i.d.R. nicht ersichtlich, ob PPP für die öffentliche Hand tatsächlich günstiger ist, als die Bauarbeiten in Eigenverantwortung zu erstellen. Im Kreis Offenbach wurden die Kosten für die Sanierung und Bewirtschaftung der Schulen über PPP bei Vertragsabschluss auf 780 Millionen Euro beziffert. Aller Voraussicht nach wird der Kreis am Ende des Projekts nach 15 Jahren Kosten von über einer Milliarde Euro getragen haben - eine Kostenexplosion, die im Laufe der Vertragslaufzeit bei PPP-Projekten nicht selten vorkommt. Hinzu kommt, dass der Kreis alleine 10 Millionen Euro an Beraterkosten für private Unternehmen ausgegeben hatte, um sich über die Vor- und Nachteile aufklären zu lassen. Außerdem ist es bei einem solch umfangreichen Vertragswerk für ehrenamtliche Kommunalpolitiker kaum ersichtlich, worüber sie abstimmen und welche Risiken damit verbunden sind, zumal die Akteneinsicht nur wenigen „Auserwählten“ vorbehalten bleibt.

Auch wenn auf dem ersten Blick die öffentliche Hand ihre Aufgaben reduziert, Personal einspart und dennoch die Bauunterhaltung sicherstellt, bleibt festzuhalten, dass sie sich gleichzeitig an langfristige Verträge bindet, deren Risiken nicht abschätzbar sind. Änderun-

gen im Bau- und Sanierungsbedarf, die dann noch erfolgen, gehen zumeist auf Kosten des Steuerzahlers. Die privaten Unternehmen sichern sich diesbezüglich vertraglich ab. Darüber hinaus fließen die Gewinnerwartungen der Privaten mit in die Berechnung ein, so dass der Steuerzahler auch dafür aufkommen muss. Der Verlust an Transparenz und Gestaltungsspielraum für die Gemeinden und Kommunen ist aus demokratischer Sicht höchst fragwürdig. Der Fall im Kreis Offenbach belegt beide Seiten von PPP-Projekten.

Unter dem Strich lässt sich sagen, dass PPP für den Steuerzahler am Ende wesentlich teurer geworden ist, als zunächst von Seiten des Kreises angegeben wurde. Gerade in Nullzins-Zeiten tut der Staat gut daran, nicht den Sparwahn und die Schuldenbremse als Dogma vor sich herzutreiben, sondern ganz bewusst in unsere Infrastruktur zu investieren. Dies ist nicht nur primäre Aufgabe des Staats, will er Vertrauen zurückgewinnen, sondern auch generationengerechter und finanziell sinnvoller.

Zur Person

Ruth Storn
Kreisvorstand der
GEW im Kreis Offenbach



Refugees welcome: Kein Spiel mit dem Feuer in der Flüchtlingspolitik



Bisher war Deutschland von den Flüchtlingsströmen noch nicht sehr stark betroffen. Denn Deutschland ist von sicheren Drittstaaten umgeben, und nach der sogenannten „Dublin III“-Verordnung werden Flüchtlinge, die um Asyl ersuchen und irgendwie bis zu den Grenzen Deutschlands gekommen sind, in das Land zurückgeschickt welches der erste sichere Drittstaat ist. Das sind meistens die Mittelmeeranrainerstaaten. Solange es also nur die südeuropäischen Staaten betroffen hatte, hielt sich das politische Berlin vornehm zurück und machte klar, dass die betroffenen Staaten allein mit dem Problem klar kommen müssten.

Das änderte sich schlagartig, als klar wurde, dass immer mehr Menschen Asylanträge in Deutschland stellen wollten. Die humanitäre Katastrophen bekam nun mit den Menschen die in Deutschland Schutz suchen ein Gesicht und dabei ist eines deutlich geworden: die Flüchtlings- und Asylpolitik sind zwei Seiten derselben Medaille. Europaweit war und ist die Empörung über die im Mittelmeer ertrunkenen Menschen riesig. Gleichzeitig kann der Friedensnobelpreisträger Europa in einer gemeinsamen Kraftanstrengung legale Einwanderungsmöglichkeiten eröffnen und das Leid der Flüchtlinge mindern. Noch im Sommer 2015 verhalte der Hilferuf vom italienischen Ministerpräsident Matteo Renzi als er beim Gipfel der EU Staats- und Regierungschefs sagte: „Wenn dies eure Idee von Europa ist, dann könnt ihr sie behalten. Zeigt entweder Solidarität, oder verschwendet nicht unsere Zeit.“ Er forderte nichts anderes als einen gerechten Verteilungsschlüssel in-

nerhalb Europas. Doch zu diesem Zeitpunkt war die Flüchtlingsfrage vor allem ein Problem für die Länder an der europäischen Außengrenze. Damals beschäftigte sich die EU, und allen voran die Bundesregierung, damit, Griechenland tägliche Ultimaten bezüglich eines Austritts zu stellen. Obwohl zu diesem Zeitpunkt, angesichts der weltweiten Krisen, ersichtlich war, was auf die EU mit Blick auf die Flüchtlingsbewegung zukommen würde. Jetzt wird man von dieser Entwicklung eingeholt.

Der DGB hatte immer wieder die Bedeutung der Solidarität, der sozialen und wirtschaftlichen Absicherung aller Menschen in Europa hervorgehoben. Es wird sich in den nächsten Monaten und Jahren zeigen, ob die Wertegrundlagen der EU die Solidarität und die Menschenrechte sind oder Kritiker Recht bekommen, und die EU lediglich ein großer Wirtschaftsraum von Nationalstaaten ist, die sich in Zeiten großer Herausforderungen auf ihr nationales Interesse zurückziehen und die Grenzen in den Köpfen wieder hochgezogen werden.

An der Flüchtlingsfrage zeigt sich in der EU, aber auch bei uns in Deutschland, dass wir in den letzten 25 Jahren stationäre Grenzen überwunden haben, jedoch die Grenzen in unseren Köpfen und Handeln leider noch nicht. Die Hilfsbereitschaft in Deutschland ist riesig und gedankt werden soll jedem, der dazu beiträgt. Es zeigt sich wertvoll das Ehrenamt ist und das es nicht als selbstverständlich wahrgenommen werden darf. Jedoch war es auch ein Trugschluss, insbesondere mancher Politiker, zu

glauben, dass knapp 25 Jahre nach Hoyerswerda wie und Lichtenhagen die gesellschaftliche Bedrohung von Rechts abgenommen hätte. Die Angriffe auf Flüchtlinge und brennende Asylbewerberheime machen zwei Punkte deutlich: die Versäumnisse der letzten Jahre im politischen Kampf gegen Rechts holen uns einmal mehr ein. Und darüber hinaus wird ersichtlich, dass die Werte, die wir vorleben wollen, ganz offensichtlich von vielen Biodeutschen nicht angenommen werden.

Die vom Grundgesetz gegebenen Freiheiten und Grundlagen eines friedlichen Zusammenlebens werden in der Flüchtlingsdebatte sogar von manch Politikern ignoriert. Dass ist ein gefährliches Spiel, denn Politik befördert immer auch gesellschaftliche Stimmung. Wer gegen Flüchtlinge hetzt, der hetzt auch immer gegen das Recht auf körperliche Unversehrtheit eines jeden Menschen. Wir als DGB wissen aufgrund unserer Geschichte, dass geistige Brandstiftung die reale Tat nach sich zieht. Damit muss Schluss sein!

Zur Person:

Tobias Huth:
Organisationssekretär
DGB Südosthessen



Die soziale Frage

Wir brauchen Alternativen. Wir brauchen einen starken Sozialstaat, der gerade in einer Wohlstandsgesellschaft so wenig gesellschaftliche Verlierer wie möglich produziert. Gerade in Zeiten wie diesen, zeigt sich, wie wichtig gute Arbeit, ein starkes öffentliches Gesundheits- und Bildungssystem für alle Menschen sind. Kürzen und Sparen auf Kosten der Bevölkerung um einer schwarzen Null hinterher zu rennen ist der falsche Weg. Es geht nicht um das Spiel Einheimische oder Flüchtlinge, sondern um eine gerechte Sozial-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Diese Debatte hat aber auch gar nichts mit der Flüchtlingsfrage zu tun. Es ist eine soziale Frage, die wir als Gewerkschaften wieder gesellschaftspolitisch viel härter führen müssen.

Unsere Solidarität fängt im Betrieb an, aber hört dort noch lange nicht auf. So wie es wichtig ist, dass alle Beschäftigten für gute Arbeitsbedingungen im Betrieb zusammenstehen müssen wir auch in der Gesellschaft zusammenstehen, gegen den Ausverkauf der sozialen und öffentlichen Infrastruktur, gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten, gegen den Rassismus der Mitte und gegen die Spaltung in Jung und Alt, Deutscher und Migrant, Stammarbeiter und Leiharbeiter. Denn die stärkste Waffe der

Gewerkschaften ist die Solidarität untereinander. Und dazu gehört auch die Solidarität mit den Geflüchteten, die in einer großen Notlage zu uns kommen. Mittlerweile gibt es viele ehrenamtliche Zusammenschlüsse in Hanau und dem Main-Kinzig-Kreis. Es gibt die Möglichkeit, Flüchtlingen beim Erlernen der deutschen Sprache zu helfen oder sie bei Besuchen auf die Ämter zu begleiten. Und es gibt mittlerweile Facebook-Gruppen, in denen sich schnell informiert wird, wenn Gegenstände, Kleidungsstücke oder sonstige Ausstattung benötigt werden.

Als Gewerkschaften fordern wir für die Flüchtlinge eine menschenwürdige Unterbringung, Bleiberecht und Integration in die Gesellschaft. Dafür benötigt es genügend finanzieller und struktureller Ressourcen. Ebenso muss die Umverteilung von unten nach oben beendet werden. Die kann durch verschiedenste Maßnahmen erfolgen. Die Gewerkschaften haben diverse Konzepte zur Einführung einer Vermögen- und Erbschaftsteuer vorgelegt. Zum Erhalt der sozialen Sicherungssysteme brauchen wir eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle Menschen in Deutschland einzahlen ohne Beitragsbemessungsgrenzen. Wer viel verdient soll auch anteilmäßig viel in den Sozialstaat in-

vestieren. Nur, wenn die sozialen Ungleichheiten abgebaut und die soziale Schere geschlossen wird, können wir rechte und rassistische Ideologien wirksam bekämpfen und ihnen den Boden entziehen.

Deshalb kann es für uns nicht heißen „Das Boot ist voll“ sondern „Kein Mensch ist illegal! – Refugees welcome“.

Zur Person:

Tobias Huth:
Organisationssekretär
DGB Südthessen



Zuwanderung als Chance



Sowohl für mich als Bürger der Bundesrepublik als auch als mittelständischer Unternehmer, dessen Unternehmen seit 1895 in Familienbesitz ausschließlich am Firmensitz in Schlüchtern produziert, ist das aktuelle Flüchtlingsthema sehr wichtig. Gerade vor dem Hintergrund der plötzlich leiser gewordenen Diskussion um Demographie und auch in Erinnerung an die vor 25 Jahren stattgefundenen Wiedervereinigung Deutschlands mit 17 Millionen neuen Bürgern sollte bei aller verständlichen Aufgeregtheit sachlich analysiert werden.

Ohne über Bleiberecht, Armutswanderung, berechnete oder unberechnete Asylsuchende, Vermittlung des Wertekanons im Grundgesetz zu sprechen – was im übrigen natürlich geschehen muss - kann die Zuwanderung für Deutschland eben auch eine Chance sein. Allerdings nur dann, wenn wir uns für das Gelingen anstrengen.

Da viele Zuwanderer aufgrund ihres Bildungs- und Sprachniveaus nicht einfach so am Arbeitsmarkt aktiv werden können, muss hier

gehandelt werden. Im heimischen Main-Kinzig-Kreis sind 53 Prozent der hier angekommenen Menschen ohne jeden Schulabschluss darunter auch Analphabeten. Aus meiner Perspektive müssen sofort folgende Integrations- und Bildungsmaßnahmen eingeleitet werden.

Erstens: Deutschunterricht ab dem ersten Tag in Deutschland und das unabhängig vom möglichen Ausgang des Asylverfahrens.

Zweitens: Förderung der dualen Ausbildung für Flüchtlinge, hier muss massiv in die Berufsschulen investiert werden, denn nur diese sind in der Lage, Sprach- sowie Naturwissenschaftliche- und Technische- Kenntnisse so zu vermitteln, dass die Ausbildungsfähigkeit der Flüchtlinge erreicht werden kann.

Drittens: Die gesetzlichen Regelungen für Praktika zur Berufsorientierung müssen so angepasst werden, dass Flüchtlinge ausreichend Zeit haben, sich im deutschen Ausbildungssystem zu orientieren.

Viertens: Für Menschen, die ein bestimmtes Qualifizierungsniveau nicht erreichen können oder noch nicht erreicht haben, wird der gesetzliche Mindestlohn zum Ausgrenzungsfaktor. Hier sollten Politik, Gewerkschaften und Unternehmer nach praktikablen Lösungen suchen.

Fünftens: Einbindung möglichst vieler Bürger Deutschlands in diesen Prozeß. Der Staat alleine kann dieses riesige Projekt nicht stemmen.

Unterlässt man die hier skizzierten Maßnahmen, wird die Integration der Flüchtlinge in Deutschland scheitern. Die Konsequenzen des Scheiterns müssen wir dann alle gemeinsam tragen. Hierüber sollten wir klar sprechen, ansonsten wird es in Politik, bei allen Gesellschaftsgruppen und bei den Menschen, die zu uns kommen Erwartungen geben, die nicht erfüllt werden können. Schaffen wir es, die integrationswilligen Flüchtlinge ausbildungs- und arbeitsfähig zu machen, haben wir eine große Chance, denn strukturierte und organisierte Zuwanderung ist notwendig.

Zur Person:

Ulrike Eifler
(Regiongeschäftsführerin DGB
Südosthessen)



Zur Person

Karl Friedrich Rudolf,
Vizepräsident der IHK
Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern.



Kommentar

Mindestlohn muss bleiben

Was haben Mindestlohn und Flüchtlinge miteinander zu tun? Ganz einfach: Alles! Der Mindestlohn ist Gesetz geworden, weil in einem reichen Land wie Deutschland Stundenlöhne von drei, vier oder fünf Euro in bestimmten Branchen und bestimmten Regionen keine Seltenheit waren.

Und dabei spielte es keine Rolle, ob die Beschäftigten hoch- oder geringqualifiziert waren. Entscheidendes Kriterium für die Einführung war, dass man von seiner Arbeit leben können muss. Und genau aus diesem Grund muss der Mindestlohn für Flüchtlinge auch weiterhin gelten.

Ihre Integration ist dann erfolgreich gelungen, wenn es keinen Unterschied mehr macht, wo jemand herkommt. Ein Mindestlohn für Flüchtlinge ist deshalb im Interesse aller!

Flüchtlingsunterbringung in den Kommunen

Interview mit Claus Kaminsky - Oberbürgermeister der Stadt Hanau



1. Was sind momentan die größten Herausforderungen in Hanau bezogen auf die Flüchtlingssituation?

Wir dürfen in unserem Elan, den Flüchtlingen zu helfen, nicht nachgelassen, auch wenn das angesichts der schon erbrachten Hilfe nicht leicht ist.

2. Welche Unterstützung wünschen Sie sich vom Bund und vom Land?

Weniger Ankündigungen und mehr konkrete Hilfe würde uns helfen.

3. Wieviel Flüchtlinge befinden sich momentan in Hanau und wie sind sie untergebracht?

Zu knapp 900 Flüchtlingen in der Außenstelle des Hessischen Erstaufnahmelaagers (Sportsfield Housing) kommen rund 500 Flüchtlinge hinzu, die über das normale Verteilungsverfahren in Hanau landeten und über Stadtgebiet verteilt leben.

4. Wie ist die Aufteilung zwischen festen Unterkünften und Notunterkünften?

Wir hatte für etwas mehr als drei Wochen eine Notunterkunft in der August-Schärtner-Halle, ehe die Flüchtlinge von dort in fünf feste Gebäude auf der Sportsfield Housing umzogen, also in ehemalige Soldatenwohnungen.

5. Können Sie abschätzen wie lange die durchschnittliche Verweildauer in den Notunterkünften in Hanau ist?

Die Fluktuation in der Notunterkunft August-Schärtner-Halle war relativ hoch. Die durchschnittliche Verweildauer der Flüchtlinge betrug drei bis fünf Tage. Insgesamt wurden in dieser Notunterkunft fast 3000 Flüchtlinge versorgt.

6. Wie nehmen Sie die Stimmung in der Hanauer Bevölkerung wahr?

Sie ist ambivalent: Einerseits ist die Hilfsbereitschaft groß. Andererseits sind Ängste nicht verhehlen. Umso dringlicher ist es, diese Ängste vor Wohnungs-, Arbeits- und Kitaplatzverlust zu nehmen. In Hanau sollen alle gut leben können, alteingesessene Bürgerinnen und Bürger und zu integrierenden Flüchtlinge.

7. Wie bewerten Sie das große ehrenamtliche Engagement in der Bevölkerung?

Dieses Engagement ist großartig. Ohne diesen Freiwilligeneinsatz wäre die immense Herausforderung nicht zu stemmen.

8. Wo können sich Menschen, die helfen wollen, melden?

Die Stadt Hanau bittet unter hanauengagiert@hanau.de eine Plattform, mit deren Hilfe sie die eingehenden Hilfsangebote koordiniert. Das hat sich sehr gut bewährt.

9. Das Recht auf Asyl ist eine Grundrecht und nicht in erster Linie eine arbeitsmarktpolitische Frage. Jedoch sehen u.a. Arbeitgeberverbände und der DGB in den Menschen, die zu uns kommen, auch eine Chance für unseren Arbeitsmarkt. Teilen Sie die Einschätzung?

Diese Einschätzung teilen wir, wenngleich es großer Integrationsanstrengungen bedürfen wird, nicht nur den Arbeitsmarkt betreffend.

10. Was glauben Sie kommt auf Hanau in den nächsten Monaten noch zu?

Solche Prognosen sind schwierig, weil unklar bleibt, wie viele Flüchtlinge noch nach Deutschland, Hessen und in den Main-Kinzig-Kreis kommen werden. Einnahmen an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen.

Das Interview führte

Mike Josef
Organisationssekretär
DGB Offenbach



Zur Person

Claus Kaminsky
Oberbürgermeister
der Stadt Hanau



Impressum

Verantwortlich für den Inhalt:
Ulrike Eifler.

Herausgeber:
DGB-Region Südosthessen
Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: 06181 – 24216
Fax 06181-257761
Mail: hanau@dgb.de
www.suedosthessen.dgb.de

Redaktion:
Mike Josef

Gestaltung:
Andreas Kowarschik
Thomas Wiszinski
www.part-im-internet.de

Erscheinungsdatum:
Oktober 2015

Auflage: 2500

DGB Büro Offenbach
Bieberer Str. 39
63065 Offenbach
Tel.: 069 / 81 80 71
Fax: 069 / 81 80 72
Mail: Offenbach@dgb.de

DGB Büro Fulda
Heinrichstr. 79
36037 Fulda
Tel.: 0661 / 86 00 - 0
Fax: 0661 / 86 00 - 30
Mail: Fulda@dgb.de

Im Campus Office bekommen Studierende der Hochschule Fulda kostenlose Erstberatungen zu den Bereichen Arbeits- und Sozialrecht.

Das Campus Office befindet sich in den Räumen des AstA.

dgboffice campus